

EBERSWALDER VORTRÄGE TEIL I – VKU-HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER HANS-JOACHIM RECK

Brüssel setzt den Rahmen

Lobbyarbeit verlagert sich immer stärker auf die europäische Ebene

Gerade in den Städten und Gemeinden der fünf Neuen Bundesländer geraten kommunale Unternehmen immer stärker in die Rolle von Leuchttürmen für die gesamte Region. In einem zunehmend schwieriger werdenden Umfeld aus Überalterung und Bevölkerungsrückgang sorgen sie dafür, dass die elementaren Bedürfnisse der Menschen vor Ort befriedigt werden, dass Leben lebenswert bleibt. Sie stellen sicher, dass auch in strukturschwachen, abgelegenen Regionen Krankenhäuser betrieben werden, Strom, Wärme und Wasser in die Haushalte kommen, dass die Kinder zur Schule gebracht werden oder der Müll abgeholt wird – und all das zu vertretbaren Preisen mit einer langfristigen Versorgungsgarantie. Daneben wird sich wie selbstverständlich für Kultur, Sport und Bildung engagiert und mit Auftragsvergaben gezielt die lokal gebundene mittelständische Wirtschaft gestützt. Kommunale Unternehmen setzen das Wohl der Gemeinschaft vor die eigenen egoistischen Interessen und sind unentrinnbar mit der eigenen Region verwurzelt. Trotz dieser unbestreitbar essentiellen Funktionen für die Gemeinschaften vor Ort wird die Rolle kommunaler Unternehmen im wissenschaftlichen Diskurs weitgehend vernachlässigt.

Ein neuer Studiengang an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde widmet sich diesen Defiziten und bereichert so die gesamtdeutsche Forschungslandschaft. Ab dem in diesem September beginnenden Wintersemester gibt es hier einen Master-Studiengang für Kommunalwirtschaft. Die Studenten sollen darauf vorbereitet werden, verantwortungsvolle Tätigkeiten in Verwaltung oder kommunalen Unternehmen einnehmen zu können. Konzipiert als berufsbegleitendes Lehrangebot gilt es, Theorie und Praxis möglichst eng miteinander zu verzahnen. Im Rahmen einer regelmäßigen Vortragsreihe werden führende Vertreter der politischen und kommunalwirtschaftlichen Ebene regelmäßig Einblick in ihr Arbeitsfeld geben. Den Startschuss zu diesen „Eberswalder Vorträgen“ gab am 13. September Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunalen Unternehmen (VKU). Im Folgenden einige Auszüge aus dem Vortrag zur Lobbyarbeit seines Verbandes:

Kommunale Unternehmen sorgen in Deutschland für einen Gesamtumsatz von jährlich 92,4 Milliarden Euro und beschäftigen 240.000 Mitarbeiter. Rund 80 Prozent der jährlichen Investitionen von 8,8 Milliarden Euro werden direkt wieder als Aufträge in die regionale Wirtschaft vergeben. Allein diese Zahlen veranschaulichen plastisch den Stellenwert der kommunalen Wirtschaft in ihrer Region. Trotz der Privatisierungswelle der 90er Jahre nehmen kommunale Unternehmen noch immer mehr als die Hälfte der Marktanteile im Endkundensegment bei Wasser, Gas, Wärme und Strom ein. Der Verband kommunaler Unternehmen versteht sich als Interessenvertretung für die breiten Belange dieser Unternehmen. Daneben wollen wir auch als Informationsbörse für rechtliche und technologische Neuerungen fungieren und hinsichtlich Organisationsstruktur, Finanzierung und Besteuerung beratend zur Seite stehen. Selbstverständlich gehören auch Presse- und Lobbyarbeit zu unserem Aufgabenportfolio. Der VKU beteiligt sich auf allen relevanten Ebenen, von der EU über den Bund bis hin zu den Ländern, aktiv an der politischen Willensbildung. Wir stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit politischen Entscheidungsträgern aus Behörden und Ministerien. Innerhalb des Verbands bemühen wir uns, verschiedene politische Positionen abzustimmen und eine gemeinsame Sprache zu finden.

Fast genau vor einem Jahr wurde in Berlin der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP unterzeichnet. Er enthielt in Bezug auf die kommunale Wirtschaft eine Reihe von Absichtserklärungen, deren Einhaltung wir



Hans-Joachim Reck bei seinem Vortrag in der Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung

als Interessenverband überwachen wollen. Wir konnten erfolgreich gegen eine Mehrwertsteuer auf Entsorgungsleistungen argumentieren und dazu beitragen, dass im christlich-liberale Koalitionsvertrag die Kommunen wenigstens erwähnt werden, nachdem sie in ersten Entwürfen nicht einmal genannt wurden. Als Instrumente unserer Lobbyarbeit in Berlin, in Brüssel und in den Landeshauptstädten dienen öffentliche Veranstaltungen, die publizistische Artikulation unserer Interessen aber auch direkte, persönliche Gespräche mit der politischen Ebene. Letztere sind vor allem in Bezug auf eine mögliche Einflussnahme in den Gesetzgebungsprozess von hohem Wert. Um unsere Argumente zu erhärten, erarbeiten wir auch eigene Gesetzesvorschläge und Stellungnahmen.

60 Prozent der relevanten Rechtsakte kommen aus Brüssel

Die EU-Ebene wird für die kommunale Wirtschaft immer stärker zum zentralen Anker für ihre Lobbyarbeit. Mittlerweile gehen 60 Prozent der die kommunale Ebene betreffenden Rechtsakte von der Europäischen Union aus. Seit 2002 unterhält der VKU ein eigenes Büro in Brüssel. Der Aufwand scheint sich zu lohnen, denn der Vertrag von Lissabon stärkte ganz entscheidend das Konzept der Daseinsvorsorge und den rechtlichen Aktionsrahmen kommunaler Unternehmen. Unsere erste Anlaufstelle in Brüssel ist der Verwaltungsapparat der Europäischen Kommission. Die Beamten, die die Rechtsakte in der „Rohform“ erstellen, üben auch einen erheblichen Einfluss auf das Endprodukt aus. Lobbyismus ist umso effektiver, je früher er im Prozess der Gesetzesfindung ansetzt. Indirekt kann Einfluss aber auch über die Bundesregierung, ihre Ministerien oder auch über die Landesebene geltend gemacht werden. Werden beide Strategien gleichzeitig – also Anknüpfungspunkte sowohl auf der deutschen als auch auf der europäischen Ebene – genutzt, lässt sich ein optimales Ergebnis erzielen.

Das beste Lobbying, die beste Öffentlichkeitsarbeit ist allerdings noch immer das Vertrauen der Bürger und Kunden in die Arbeit „ihrer“ Unternehmen; Vertrauen, das sich kommunale Unternehmen tagtäglich durch eine zuverlässige, nachhaltige und professionelle Versorgung zu vernünftigen Preisen erarbeiten. Offenbar sind sie dabei recht erfolgreich, denn noch nie hatte die kommunale Wirtschaft so hohe Zustimmungswerte wie heute.